Juli 12, 2023

Die Änderungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an den Internationalen Gesundheitsvorschriften und der von ihr vorgeschlagene neue Pandemievertrag stehen im Mittelpunkt des Interesses an einem umstrittenen zentralisierten Gesundheitsansatz.

Zu den besorgniserregenden Bestimmungen gehören u. a., dass der Generaldirektor der WHO, Dr. Adhanom Tedros Ghebreyesus, einseitig einen internationalen Gesundheitsnotstand (PHEIC) ausrufen kann, sowie eine Klausel, wonach die Bestimmungen des neuen Vertrags oder Abkommens für die Mitgliedstaaten durch eine Abstimmung der Delegierten der Weltgesundheitsversammlung rechtlich bindend und verpflichtend sein sollen. Ein Hauptkritikpunkt an dem Verhandlungsprozess ist das Fehlen einer sinnvollen, substanziellen und transparenten Beteiligung der Öffentlichkeit.

Das Thema der globalen Zusammenarbeit in Angelegenheiten wie der öffentlichen Gesundheit ist wichtig – zum Beispiel in Bezug auf Krankheitserreger und nationale Grenzen. Die Konzentration von Macht und damit Kontrolle in nicht gewählten, nichtstaatlichen Institutionen, die anfällig für politische, wirtschaftliche und finanzielle Voreingenommenheit sind, sollte jedoch kritisch hinterfragt werden. Dies geschieht nicht genug, wenn es um die WHO und die Versuche der UNO geht, ihren Machtbereich zu erweitern.

Die WHO ist nicht die einzige global ausgerichtete Organisation, die gesundheitsbezogene Krisen als Gelegenheit zur Ausweitung ihres Einflusses und ihrer Befugnisse sieht. Und noch weniger Berichterstattung gibt es, wenn es um die Machtausweitung der Vereinten Nationen geht.

Versteckte ,gemeinsame Agenda'?

Eine Situation, über die noch viel weniger berichtet wird, ist die von UN-Generalsekretär Antonio Guterres vorgeschlagene allumfassende Gemeinsame Agenda mit dem Titel:

13.07.23 1/7

Denken und Handeln für künftige Generationen – UNSERE GEMEINSAME AGENDA. Damit verbunden ist der Policy Brief 2 – Strengthening the International Response to Complex Global Shocks.

Die UNO hofft, im Rahmen dieses Prozesses, der für den im Jahr 2024 stattfindenden Zukunftsgipfel entworfen wurde, "multilaterale Lösungen für eine bessere Zukunft" erarbeiten und vereinbaren zu können. Dabei geht es um die "Stärkung der globalen Governance für heutige und künftige Generationen", wie es die Resolution 76/307 der Generalversammlung vorsieht. Laut Guterres wurde das Dokument nicht im luftleeren Raum oder nur von unbekannten globalen Bürokraten verfasst, sondern war das Ergebnis von über einem Jahr intensiver zwischenstaatlicher und Multi-Stakeholder-Konsultationen, "verwurzelt in den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer internationaler Instrumente". Doch was bedeutet dies für Milliarden von Menschen weltweit? Wie wir während der COVID-19-Pandemie gesehen haben, haben in vielen Ländern entrechtete, arme Gemeinschaften kein wirkliches Mitspracherecht in ihren eigenen Ländern, geschweige denn als Teil einer globalen Hackordnung.

Was schlägt der UN-Generalsekretär für die Gemeinsame Agenda vor, wenn es um gesundheitliche Notfälle wie Pandemien geht? Eines der 12 Schlüsselthemen dieses Leitfadens ist "Vorbereitet sein", was Folgendes beinhaltet:

- 1. Notfallplattform, die als Reaktion auf komplexe globale Krisen einberufen wird
- 2. Strategische Vorausschau und globaler Risikobericht der Vereinten Nationen alle fünf Jahre
- 3. Zur globalen öffentlichen Gesundheit:
- a) Globaler Impfplan
- b) Gestärkte WHO
- c) Stärkere globale Gesundheitssicherheit und Bereitschaft
- d) Beschleunigung der Produktentwicklung und des Zugangs zu Technologien in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen
- e) Universelle Gesundheitsversorgung und Berücksichtigung der Gesundheitsdeterminanten

13.07.23 2 / 7

Was würde die Notfallplattform der UN bedeuten?

Zusätzlich zu den Notfallmaßnahmen der WHO würde die UN-Notfallplattform bei jedem Ereignis aktiviert werden, das globale Auswirkungen hat, und die UN mit der Befugnis ausstatten, eine internationale Reaktion aktiv zu fördern und voranzutreiben.

Guterres erklärte: "Ich schlage vor, dass die Generalversammlung den Generalsekretär und das System der Vereinten Nationen mit einer ständigen Befugnis ausstattet, um im Falle eines künftigen komplexen globalen Schocks von ausreichendem Ausmaß, Schweregrad und Reichweite automatisch eine Notfallplattform einzuberufen und zu aktivieren."

Die vorgeschlagene Notfallplattform in Verbindung mit seinem Vorschlag, dass die Vereinten Nationen über eine ständige Autorität verfügen, würde "sicherstellen, dass alle teilnehmenden Akteure Verpflichtungen eingehen, die einen sinnvollen Beitrag zur Reaktion leisten können, und dass sie für die Einhaltung dieser Verpflichtungen zur Rechenschaft gezogen werden. In der Strategie heißt es zwar, dass die Notstandsbefugnis zeitlich begrenzt wäre, aber auch, dass die UNO ihre eigenen Befugnisse ausweiten könnte. Die Kriterien dafür sind nicht klar, und die fehlenden Details dürften in den Medien große Neugier, wenn nicht gar Besorgnis hervorrufen.

Die vorgeschlagenen erweiterten Befugnisse sind weitreichend und beziehen sich auf folgende Bereiche:

- Pandemien
- Kriege
- nukleare Ereignisse
- Klima- oder Umweltereignisse
- Umweltzerstörung oder Katastrophen
- versehentliche oder absichtliche Freisetzung biologischer Stoffe
- Unterbrechungen des Waren-, Personen- oder Finanzflusses
- Störungen im Cyberspace oder der "globalen digitalen Konnektivität"
- ein Cyber-Angriff auf kritische Infrastrukturen
- ein größeres Ereignis im "Weltraum"

13.07.23 3/7

- "unvorhergesehene Risiken ("schwarzer Schwan")
- technologische oder wissenschaftliche Fehlentwicklungen, die nicht durch einen wirksamen ethischen und rechtlichen Rahmen begrenzt werden

Kommende UN-Gipfel im September

Road to the Summit of the Future					
	T		SDG 2023 Hil	نظ	
2015	2020	2021	2023	2022-2024	2024
2030 Agenda	UN75 Declaration	Our Common Agenda	SDG Summit	Summit of the Future	Pact for the Future

Wie bereits erwähnt, planen die Vereinten Nationen, im September dieses Jahres ihren "Gipfel der Zukunft" abzuhalten. Auf der UN-Website heißt es: "Die Generalversammlung begrüßte die Vorlage unserer gemeinsamen Agenda und verabschiedete eine Resolution zur Abhaltung des Gipfels am 22. und 23. September 2024, dem ein Ministertreffen im Jahr 2023 vorausgeht. Es wird erwartet, dass sich die Mitgliedstaaten in zwischenstaatlichen Verhandlungen auf einen handlungsorientierten Pakt für die Zukunft einigen, der die von ihnen beschlossenen Themen aufgreift.

Die Vereinten Nationen planen auch den damit verbundenen Gipfel für Nachhaltige Entwicklungsziele im Jahr 2023, der wie folgt beschrieben wird:

Der SDG-Gipfel 2023 – das hochrangige politische Forum für nachhaltige Entwicklung unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung. Der SDG-Gipfel 2023 wird am 18. und 19. September 2023 während der hochrangigen Woche der Generalversammlung der Vereinten Nationen einberufen.

13.07.23 4 / 7

Die Staats- und Regierungschefs werden am Sitz der Vereinten Nationen in New York zusammenkommen, um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu verfolgen und zu überprüfen.

Sie werden eine umfassende Überprüfung des Stands der SDGs vornehmen, auf die Auswirkungen der vielfältigen und miteinander verknüpften Krisen reagieren, mit denen die Welt konfrontiert ist, und hochrangige politische Leitlinien für transformative und beschleunigte Maßnahmen bis zum Zieljahr 2030 zur Verwirklichung der SDGs vorgeben.

Auf dem Gipfel werden auch politische Führungskräfte und Vordenker aus Regierungen, internationalen Organisationen, dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft, Frauen und Jugendlichen sowie anderen Interessengruppen in einer Reihe von hochrangigen Treffen mit den Staats- und Regierungschefs zusammenkommen.

Der SDG-Gipfel 2023 markiert den Halbzeitpunkt der Umsetzung der Agenda 2030. Das Hochrangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung (HLPF), das im Juli 2022 unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats stattfand, rief dazu auf, dass der Gipfel "den Beginn einer neuen Phase des beschleunigten Fortschritts bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung markiert".

Den Vorsitz des SDG-Gipfels wird der Präsident der Generalversammlung führen. Das Ergebnis des Gipfels wird eine ausgehandelte politische Erklärung sein. Dies ist der zweite SDG-Gipfel – der HLPF unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung – seit der Verabschiedung der 2030-Agenda im September 2015.

Können Mitgliedsstaaten aus den Vereinten Nationen austreten?

Die UN-Charta sieht nicht vor, dass ein Staat aus der Organisation austreten kann. Wie in diesem Artikel erläutert, haben jedoch "eine Reihe von Staaten die Vereinten Nationen verlassen.

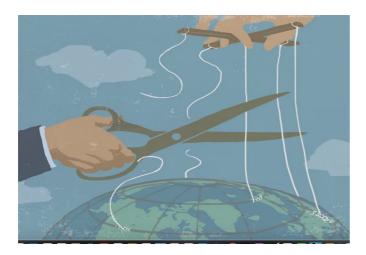
13.07.23 5 / 7

Staaten haben aufgehört zu existieren, sind auseinandergebrochen, in größeren Staaten aufgegangen oder haben sich mit anderen zu neuen Rechtssubjekten zusammengeschlossen. Nur ein einziges Mal hat ein Staat, dessen Existenz ununterbrochen anhielt, versucht, die Vereinten Nationen zu verlassen.

"Am 20. Januar 1965 richtete der indonesische Außenminister ein Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in dem er die Absicht Indonesiens mitteilte, aus der Organisation auszutreten. Die Abwesenheit Indonesiens von den Vereinten Nationen sollte nur von kurzer Dauer sein – es teilte dem Generalsekretär am 19. September 1966 in einem Telegramm seine Absicht mit, seine Teilnahme an der Organisation wieder aufzunehmen."

"Sie berufen sich insbesondere auf eine interpretierende Resolution der Konferenz von San Francisco (Dok. Nr. 1178, I/2/76(2), 7 U.N. Conf. Int'l Org. Docs. 328 (1945), in der es heißt, dass ein Staat, der aus der Organisation austreten will, seine Entscheidung unter Bezugnahme auf 'außergewöhnliche Umstände' rechtfertigen muss, wie z. B. eine Situation, in der eine Änderung der Charta seine Rechte wesentlich beeinträchtigen würde und der er nicht zugestimmt hat, von der Mehrheit akzeptiert und in Kraft gesetzt wurde."

Schlussfolgerung



In einer sich rasch entwickelnden geopolitischen Ära, die von potenziellen Macht- und Einflussverschiebungen geprägt ist, wird

13.07.23 6/7

die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen angesichts der ungleichen Machtstruktur der UNO mit ihrem umstrittenen Sicherheitsrat, ihrem Versagen bei der internationalen Friedensschaffung, ihrer Fähigkeit, unmenschliche Sanktionen zu verhängen, und ihren Skandalen im Zusammenhang mit Sexualverbrechen durch UN-Friedenssoldaten von souveränen Ländern, einschließlich der Länder des wachsenden BRICS-Bündnisses, zunehmend in Frage gestellt und in Frage gestellt.

QUELLE: IS THE UNITED NATIONS A BIGGER THREAT TO INDEPENDENT HEALTH THAN THE WHO?

13.07.23 7/7